

Landkreis  
Pfaffenhofen a.d.Ilm

Pfaffenhofen a.d.Ilm, 22.02.2011

## Niederschrift

### über die Sitzung des Sozialausschusses öffentlicher Teil

am Montag, den 23.11.2009 um 14:30 Uhr  
im großen Sitzungssaal des Landratsamts Pfaffenhofen (Rentamt)

#### **Anwesend sind:**

##### **stellv. Landrat**

Westner, Anton  
Rothmeier, Franz

##### **CSU**

Axthammer, Brigitte  
Bachhuber, Gabriele  
Brummer, Alois  
Randelzhofer, Annemarie  
Schmuttermayr, Franz  
Weiß, Florian

Vertretung für Gmelch Katharina

##### **FW**

Gigl, Alfons  
Hechinger, Max  
Jung, Claudia

##### **SPD**

Drack, Elke  
Gaul, Sonja

##### **GRÜNE/ÖDP**

Haiplik, Reinhard

##### **BRK (Beratendes Mitglied)**

Werner, Herbert

##### **Arbeiterwohlfahrt (Beratendes Mitglied)**

Thalmeier, Erika

##### **Regens Wagner (Beratendes Mitglied)**

Käser, Willi

##### **Heilpäd. Zentrum GmbH PAF (Beratendes Mitglied)**

Schreyer, Franz

##### **VdK (Beratendes Mitglied)**

Seidl, Christof

Vertretung für Stehberger Wilhelm

**Evang. Kirche (Beratendes Mitglied)**

Baldeweg, Michael Pfarrer

Vertretung für Murner Christiane

**Verwaltung**

Grusdat, Heinz  
Reisinger, Walter  
Stadler, Jutta  
Weitzl, Franz

**Entschuldigt fehlen:**

**CSU**

Gmelch, Katharina

Vertreter Brummer Alois

**AUL**

Böhm, Günter

Vertretung Steinberger Josef -  
unentschuldigt

**FDP**

Stockmaier, Thomas

Vertreter Niedermayr Franz - un-  
entschuldigt

**Caritas (Beratendes Mitglied)**

Hauf, Hans

Vertreter Schmitt-Motzkus Christel

**Kath. Kirche (Beratendes Mitglied)**

Dollinger, Katharina  
Grill, Angelika

Vertretung für Frau Angelika Grill  
Stellvertreter Dollinger Katharina

**Evang. Kirche (Beratendes Mitglied)**

Murner, Christiane

Vertreter: Baldeweg Michael

**VdK (Beratendes Mitglied)**

Stehberger, Wilhelm

Vertreter Seidl Christof

## **Tagesordnung**

- 1.1. Zahlen und Daten im Bereich "Sozialhilfe" zum 31.10.2009
- 1.2. Zahlen und Daten im Bereich "Grundsicherung Alter und Erwerbsunfähige" zum 31.10.2009
- 1.3. Zahlen und Daten im Bereich "Grundsicherung Arbeit" zum 31.10.2009
- 1.4. Zusammenfassung
  - Sozialhilfe
  - Grundsicherung Alter
  - Grundsicherung Arbeit
2. Sonstiges, Bekanntgaben, Anfragen

## **Top 1.1 Zahlen und Daten im Bereich "Sozialhilfe" zum 31.10.2009**

### **Sachverhalt/Begründung**

Die voraussichtlichen Kosten der Sozialhilfe haben sich gegenüber dem Vorjahr nochmals halbiert. Zu tragen sind die Kosten für Hilfe zum Lebensunterhalt für Pflegekinder, für Hilfebedürftige ohne Krankenversicherung im Rahmen einer ambulanten Krankenhilfe sowie Hilfen zur Pflege bei außergewöhnlich pflegebedürftigen Personen, die entweder nicht pflegeversichert sind oder die Leistungen der Pflegeversicherung nicht ausreichen. Die Zahlen ab 2005 spiegeln den Übergang aller erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger auf Hartz IV wider, außerdem wurde im Jahre 2008 die ambulante Eingliederungshilfe an den überörtlichen Träger Bezirk Oberbayern abgegeben. Allein diese Aufwendungen haben rund 350.000,00 Euro jährlich betragen und müssen nunmehr über die Kreisumlage abgedeckt werden.

Von den Sozialausschussmitgliedern wird keine Frage gestellt.

**Der Sozialausschuss hat die Information zur Kenntnis genommen.**

## **Top 1.2 Zahlen und Daten im Bereich "Grundsicherung Alter und Erwerbsunfähige" zum 31.10.2009**

### **Sachverhalt/Begründung**

Die Grundsicherungsfälle Alter und Erwerbsunfähige haben erneut zugenommen und werden voraussichtlich die Zahl 295 erreichen. Eine Steigerung um 12 Fälle oder 4% gegenüber dem Vorjahr, rund 1,7% der Personen über 65 Jahre benötigen im Landkreis Pfaffenhofen Grundsicherung Alter oder für Erwerbsunfähige, weil das vorhandene Renteneinkommen nicht ausreicht oder Rentenansprüche nicht bestehen.

In den letzten drei Jahren beträgt die durchschnittliche Steigerung immer knapp 10%. Der Anteil der jüngeren Erwerbsunfähigen steigt jedes Jahr. In diesen Zahlen drücken sich auch die Regelsatzerhöhungen zum 1. Juli 2009 aus, Unterkunftskosten und die Energiekosten sind ebenfalls gestiegen. Die Personen, die über keine ausreichende Altersversorgung verfügen werden immer mehr.

Herr Schmuttermayer informiert sich über den Ablauf zur Antragstellung bei der Grundsicherung (Folie 5).

Herr Weitzl erwidert, dass der Hilfesuchende ins Rathaus bzw. zu seiner zuständigen Gemeinde gehen müsse und dort seinen Antrag einreicht. Dort werde geklärt, was für Hilfe in Frage kommt (Grundsicherung bzw. Sozialhilfe). Wenn nur 80 oder 100 Euro zum Regelbedarf fehlen, werden die Antragsteller zur Wohngeldstelle geschickt. Aber da hätten die Leute dann den Nachteil, dass es keine Rundfunkgebührenbefreiung gibt (das sind auch 18,00 bis 20,00 Euro im Monat)- diese gibt es nur für Grundsicherung Alter. Dann wird der Antrag von der Gemeinde bzw. Rathaus bestätigt und an das Landratsamt weitergereicht. Bei uns wird dann der Antrag geprüft und entschieden. Es gibt aber auch Ablehnungen, wenn z. B. Vermögen vorhanden ist (Höhe Freibeträge 1.600,00 Euro für Sozialhilfe bzw. 2.600,00 Euro für Grundsicherung).

**Der Sozialausschuss hat die Information zur Kenntnis genommen.**

### **Top 1.3 Zahlen und Daten im Bereich "Grundsicherung Arbeit" zum 31.10.2009**

#### **Sachverhalt/Begründung**

Auch bei der Grundsicherung Arbeit bzw. Hartz IV ist eine Kostensteigerung auf knapp 3 Mio. Euro zu erwarten. In der Prognose ist von rund 17% bzw. ein Plus von 432.000,00 Euro für den Landkreis zu rechnen. Auch hier spielen gestiegene Mieten sowie die Verteuerung der Energiekosten eine Rolle. Der Bund reduziert jedes Jahr seine Zuschüsse, angefangen im Jahre 2005 mit 32% und nunmehr 25,3% im Jahre 2009. Geplant ist für das Jahr 2010 ein Bundesanteil von rund 23%. Dies bedeutet wiederum für den Landkreis einen Mehraufwand von rund 70.000,00 Euro.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften ist relativ stabil, zuletzt ab Juli 2009 unter 1.000 Bedarfsgemeinschaften, zumindest vorläufig. Geht man von endgültigen Zahlen mit einem Plus von 7% wie bisher erfahrungsgemäß geschehen aus, so liegen wir am Ende des Jahres mit rund 60 Bedarfsgemeinschaften höher wie Ende letzten Jahres. Auch die Arbeitslosenquote ist im Landkreis erstaunlich gut, zuletzt mit 2,6% im Oktober, ein Rückgang um 0,4% gegenüber dem September. Zur Zeit wird immer noch das Instrument der Kurzarbeit stark genutzt, in den Wintermonaten müssen wir sicherlich wieder mit einem Ansteigen der Arbeitslosenquote rechnen.

Ein guter Indikator für die Arbeitsmarktlage ist immer noch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die letzte Zahl aus März 2009 bedeutet zwar ein Plus von 500 Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr, der Höchststand der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im September 2008 wird jedoch bereits mit 500 Personen unterschritten.

Vergleicht man die Arbeitslosen nach den Rechtskreisen SGB III und SGB II, so verzeichnet die Arbeitsagentur ein Plus von 64% und eine Zunahme um 458 Arbeitslose auf 1.174, während im Bereich Hartz IV die Zahl der Arbeitslosen nur um 82 oder 21% gestiegen ist. Auch das Verhältnis Arbeitslosengeld und Hartz IV hat sich weiter zugunsten von Arbeitslosengeld verschoben. Die Anteile betragen 72% bzw. 28% für Hartz IV. Bei den Personen im Bezug von Hartz IV sind die Zahlen in etwa gleichbleibend. Zum vorläufigen Ergebnis vom Oktober 2009 mit 1779 müssen 70 Personen oder rund 10% hinzugezählt werden, so dass dann der Stand vom Vorjahr wieder erreicht wird.

Im bundesweiten Vergleich ist der Landkreis Pfaffenhofen auf Platz 4 gerutscht, voriges Jahr noch Platz 2. Mit der Arbeitslosenquote kann man jedoch immer noch zufrieden sein. Auf den ersten zehn Plätzen rangieren nur Bayer. Landkreise, während die Schlusslichter nach wie vor

die neuen Bundesländer sind. Hier sind jedoch sogar leichte Besserungen gegenüber dem Vorjahr eingetreten, beispielsweise der Landkreis Uckermark als Schlusslicht hat sich von 18% auf eine Arbeitslosenquote von 16,5% verbessert.

Herr Weitzl rechnet damit, dass die aufgeführten Regelsätze in Zukunft nicht ausreichend seien bzw. erhöht werden (Folie 10).

Herr Landrat Westner erkundigt sich, ob es sein könnte, dass der Landkreis bei Erhöhung der Regelsätze diese nachzahlen müsse.

Herr Weitzl bringt vor, dass der Landkreis auf eine Entscheidung von Karlsruhe warte, die zur Klärung der Regelsätze führt, rückwirkend werden aber kaum Nachzahlungen erfolgen. Weiterhin erklärt er, dass die Arbeitslosenquote von 3,0 auf 2,6% gefallen sei (Folie 14). Außerdem sei geplant die Freibeträge für Hartz IV-Empfänger von 250,00 Euro auf 750,00 Euro pro Lebensjahr zu erhöhen.

Herr Landrat Westner führt an, dass unsere ARGE, so wie sie momentan besteht, nicht mehr in dieser Form weitergeführt werden wird. Ende 2010 müsse eine andere Lösung gefunden werden. Was im Koalitionsvertrag steht sei sehr dürftig. Aus der Sicht des Landkreises funktioniert die ARGE in dieser Form sehr gut. Hilfesuchende von SGB II bekämen bisher von der ARGE einen Bescheid, die Hilfe wird vom Bund und Landkreis bezahlt. Wenn das nicht weitergeführt werden kann, wird der Hilfesuchende zwei Bescheide bekommen, einmal HLU und einmal Kosten der Unterkunft. Er sehe jetzt schon große Schwierigkeiten auf uns zukommen. Einiges Personal müsse ins Landratsamt zurückgeführt werden, zum Anderen werde es für den Hilfesuchenden schwieriger, wir müssen abwarten. Weiteres Handikap ist sicher auch, dass die Kurzarbeit wegfalle, dann kämen sicher mehrere Bedarfsgemeinschaften von SGB II zu SGB III, was die Kosten gewaltsam in die Höhe treiben wird. Im Jugendhilfebereich komme alleine eine Kostenmehrung um 500.000 Euro auf den Landkreis zu.

Herr Weitzl liest die Passage zur Neuregelung von SGB II ab dem Jahre 2011 aus dem Koalitionsvertrag vor.

Herr Schmuttermayer fragt, was mit Kommunen gemeint sei.

Herr Landrat Westner gibt als Antwort, dass Landkreise und kreisfreie Städte damit gemeint seien.

Herr Weitzl bringt vor, dass für die Regelsätze der Bund zuständig sei. Für Miet- und Heizkosten sei der Landkreis zuständig. Der Bürger stellt dann einen Antrag bei Arbeitsagentur, zusätzlich wird dann noch ein Antrag über die Miete und Heizung zu stellen sein.

Herr Landrat Westner wiederholt, dass der Bürger dann zweimal einen Antrag stellen müsse, er bezweifle, dass dies bürgerfreundlich sei. Er würde es begrüßen, wenn der Landkreis für alles zuständig wäre, dann gäbe es einen Antrag und einen Bescheid, aber diese Option würde er nur für gut befinden, wenn für den Landkreis keine Mehrkosten entstehen.

Herr Weitzl lässt wissen, dass es in Bayern vier Optionskommunen gibt (Landkreis Miesbach, Landkreis Würzburg, Stadt Erlangen und Stadt Schweinfurt).

Herr Weiß stellt die Frage, ob es denn Erfahrungswerte von den vier Optionskommunen gäbe.

Herr Weitzl antwortet, dass es gut funktioniere, negative Nachrichten gebe es nicht.

Frau Bachhuber wirft die Frage auf, was das denn für attraktive Angebote seien?

Herr Landrat Westner legt dar, dass es in seinen Augen nur eine Schönfärberei sei, nur schöne Worte und nichts dahinter stehe.

**Der Sozialausschuss hat die Information zur Kenntnis genommen.**

**Top 1.4 Zusammenfassung**  
- Sozialhilfe  
- Grundsicherung Alter  
- Grundsicherung Arbeit

**Sachverhalt/Begründung**

Die Aufwendungen des Landkreises Pfaffenhofen für Sozialhilfe Grundsicherung Alter und Grundsicherung Arbeit werden sich um ca. ½ Mio. Euro erhöhen und bei rund 4,5 Mio Euro als Prognose liegen. Nachdem nunmehr ab 2007 die Gesamtausgaben rückläufig waren, haben wir erstmals im Jahre 2009 wieder eine Steigerung zu verzeichnen. Die Gründe sind in der Arbeitsmarktlage, den gestiegenen Fallzahlen daraus resultierend sowie bei den gestiegenen Lebenshaltungskosten, den teureren Mieten und gestiegenen Energiekosten zu suchen. Auch der Bund reduziert jedes Jahr seine Erstattungsleistungen wie bereits ausgeführt von einem ursprünglichen Prozentsatz von 32% für die entstandenen Kosten der Unterkunft auf zuletzt 25,3% und einem angekündigten Rückgang auf 23%.

Vergleicht man die sogenannte „alte Welt“ aus dem Jahre 2002, damals gab es nur Sozialhilfeleistungen, Grundsicherung Alter wurde im Jahre 2003 und Grundsicherung Arbeit im Jahre 2005 eingeführt, so haben sich seitdem die Aufwendungen doch von 2,3 Mio. Euro auf 4,4 Mio. Euro gesteigert, ein Plus von rund 2 Mio. Euro für den Landkreis Pfaffenhofen.

Herr Landrat Westner macht darauf aufmerksam, dass der Bund einiges auf den Landkreis abgewälzt habe (Folie 22).

**Der Sozialausschuss hat die Information zur Kenntnis genommen.**

**Top 2      Sonstiges, Bekanntgaben, Anfragen**

**Sachverhalt/Begründung**

- Pflegestützpunkte

- Weitere Entwicklung der ARGEN

Zum Thema „Pflegestützpunkte“ verweist Herr Landrat Westner auf die Beratung im Landratsamt Pfaffenhofen mit Sozialamt und Betreuungsstellen. Ambulante und stationäre Hilfen sind im Landkreis ausreichend vorhanden. Weiterhin führt er an, dass es Geld koste zusätzliche Pflegestützpunkte als Beratungsstellen zu schaffen.

Die Bezirksumlage werde wahrscheinlich um 1,5 Mio. Euro im nächsten Jahr steigen, außerdem auch die Jugendhilfe um 500.000 Euro. Im sozialen Bereich werden wir auch mit Steigungen bei Hartz IV mit 500.000,00 Euro rechnen müssen, außerdem Personalkostensteigerung in Höhe von 400.000 Euro. Rund 3 Mio. Euro werden wir im Jahre 2010 im großen sozialen Bereich zuschießen müssen. Dadurch habe der Landkreis praktisch keinen Handlungsspielraum mehr.

Herr Werner informiert, dass man an einem SAPV (spezialisierte ambulante Palliativversorgung) arbeite. Der Hospizverein und BRK arbeiten an dieser SAPV. Beide versuchen durch diese Betreuung eine Unterbringung der Pflegebedürftigen bzw. Schwerstkranken zu verhindern, dies sei nicht einfach. Ein Hospiz benötige Ärzte und Schwestern, eine spezielle Ausbildung sei vom Gesetzgeber vorgeschrieben, die es seit 1 ½ Jahren gibt, es fehle noch an der Finanzierung. Nächsten Sommer solle dieses Projekt umgesetzt werden. Dieser Personenkreis würde derzeit 90 Fälle betreffen, dies entspräche 10% der Sterbefälle.

Herr Landrat Westner ist überzeugt, dass dies sehr wichtig sei, denn die Angehörigen seien total überfordert. Für diese Bereiche bräuchte man mehr als 200.000 Einwohner. Von zwei Nachbarlandkreisen (evtl. Schrobenhausen und Kelheim) müssten Hilfebereiche dazugenommen werden, um die Einwohnerzahl zu erreichen. Er habe bereits mit den Landräten Faltermeier und Weigert Kontakt aufgenommen.

Herr Schmuttermayr stellt eine Verständnisfrage, die er schriftlich beantwortet haben möchte. Er fragt wie viele Langzeitpflegeplätze es gäbe und wie viele davon wo frei wären. Außerdem wie viel Kurzzeitpflegeplätze es gäbe und wie viele wo frei wären. Es gäbe neue Bewerber, die Pflegeheime bauen möchten. Diese Information sei enorm wichtig.

Herr Weitzl entgegnet, dass man allgemein sagen könne, dass überall Plätze frei seien. Man könne dies nicht konkret sagen, weil man sonst den Heimen schaden würde.

Herr Landrat Westner antwortet, dass es 180 Fälle für den ganzen Landkreis seien.

Herr Schmuttermayer fragt nochmals wie viel Plätze es denn überhaupt gäbe.

Herr Weitzl gibt 928 als Zahl an.

Herr Schmuttermayer bedankt sich

Herr Landrat Westner erläutert, wenn private Investoren ohne Förderung ein Heim bauen würden, dann könne das der Landkreis auch nicht verhindern. In der Öffentlichkeit besteht gelegentlich die Auffassung, dass dies vom Landkreis gesteuert werden könne, doch das sei nicht möglich. Dadurch werden aber leider unsere Heime schwer beeinträchtigt.

Herr Werner ist überrascht, dass die Zahl der offenen Plätze im Landkreis bei 180 liege, seines Wissens wären dies noch 150 gewesen. Er finde auch, dass die neugebauten Häuser sicher eine Ursache für die Probleme (Unterbelegung der Heime) seien. Er frage sich wie lange ein Heim sich halten könne, wenn es permanent 20% unterbelegt sei.

Herr Hechinger meint, ob es nicht genug ausgebildete Fachkräfte für Pflegeplätze gäbe.

Herr Werner entgegnet, dass dies genau umgekehrt sei. Es gebe genügend Fachkräfte, aber zu wenig Bewohner.

Herr Landrat Westner gibt bekannt, dass es einen Aufnahmestop in Reichertshausen gegeben hätte, weil nicht genügend Pflegekräfte vorhanden gewesen seien.

Herr Werner erklärt, dass wegen Unterbelegung der Heime auch Personal angepasst wurde, aber dennoch gäbe es kein Problem, Pflegekräfte zu bekommen.

**Der Sozialausschuss hat die Information zur Kenntnis genommen.**

Die Sitzung endet um 15:33 Uhr.

---

Stellvertretender Landrat  
Anton Westner

---

Protokoll: Jutta Stadler